

15.03.2021

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 5007 vom 18. Februar 2021
der Abgeordneten Eva-Maria Voigt-Küppers und Jochen Ott SPD
Drucksache 17/12701

Einführung des Fachs „Wirtschaft-Politik“ an den Schulen in NRW

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Mit Beginn des Schuljahres 2019/20 wurde das neue Schulfach Wirtschaft-Politik an den Gymnasien und mit Beginn des Schuljahres 2020/21 auch an allen weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I in NRW eingeführt. Hierzu wurden die bisherigen Kernlehrpläne geändert und soziologische Themen zugunsten wirtschaftlicher Themenkomplexe gestrichen. Damit werden in dem neuen Fach Wirtschaft-Politik die Teildisziplinen Soziologie, Wirtschaft und Politik nicht gleichwertig berücksichtigt und damit auch nicht die jeweiligen Inhalte sowie die Vermittlung der entsprechenden Methoden. Sachlogisch betrachtet muss es zukünftig auch eine Anpassung des Unterrichtsfachs Sozialwissenschaften in der Sekundarstufe II geben, indem auch in der Sekundarstufe II zwangsläufig das neue Schulfach Wirtschaft-Politik eingeführt und die Kernlehrpläne zugunsten wirtschaftlicher Themen geändert werden. Nach Angaben der Landesregierung gibt es derzeit keine Pläne, die Kernlehrpläne Sozialwissenschaften in der Sekundarstufe zu verändern. In der Sekundarstufe II wird also wie bisher das schulische Fach Sozialwissenschaften weiterhin unterrichtet. Durch die Pläne der Landesregierung die Lehramtszugangsverordnung (LZV) zu ändern, um für das neue Unterrichtsfach Wirtschaft-Politik eine passgenaue Lehrkräfteausbildung zu garantieren, ist eine erneute Debatte um die gesellschaftliche Relevanz des schulischen und universitären Fachs Sozialwissenschaften entbrannt. Viele Verbände, Universitäten, Lehrkräfte und Studierende äußerten sich kritisch über die Pläne der Landesregierung. So fordert unter anderem der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen (PhV NW) in einer Stellungnahme vom 26. Januar 2021¹ den Erhalt des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften: „In diesem Zusammenhang übt der Verband im Übrigen Kritik an den Bestimmungen der neuen Lehramtszugangsverordnung, der zu Folge das Fach Sozialwissenschaften auch in der Sekundarstufe II in Zukunft unter der Bezeichnung „Wirtschaft-Politik“ unterrichtet werden soll. Durch die Umbenennung entsteht der Eindruck, dass mit der Neuausrichtung die Teildisziplin „Soziologie“ gegenüber den anderen beiden Teildisziplinen Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft an Bedeutung verliert, was im Gegensatz zum Charakter des bisherigen Unterrichtsfachs Sozialwissenschaften steht, dessen Kernanliegen gerade die Integration aller drei Teildisziplinen ist“.

¹ Quelle: <https://www.phv-nw.de/presse/stellungnahme/philologen-verband-fordert-erhalt-des-unterrichtsfaches-sozialwissenschaften>

Die Ministerin für Schule und Bildung hat die Kleine Anfrage 5007 mit Schreiben vom 12. März 2021 namens der Landesregierung beantwortet.

- 1. Hält die Landesregierung die „soziologischen Elemente“, die im Kernlehrplan der Sekundarstufe I für das Schulfach Wirtschaft-Politik vorgesehen sind für ausreichend, damit Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II die gleichberechtigten Inhaltsfelder (Ökonomie, Politik, Soziologie) lernen bzw. verstehen können?**
- 3. Wie möchte die Landesregierung die Kontinuität des Faches Wirtschaft-Politik in der Sekundarstufe II bei Beibehaltung des Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften gewährleisten?**

Die Fragen 1 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Landesregierung hält die im Kernlehrplan Wirtschaft-Politik ausgewiesenen soziologischen Inhalte für angemessen, um hinreichend vorbereitet an das Fach Sozialwissenschaften in der Gymnasialen Oberstufe anschließen zu können. Die Stärkung der ökonomischen Bildung fand im Wesentlichen durch eine Erhöhung des Stundenkontingents im Bereich der Fächer des Lernbereichs Gesellschaftslehre insgesamt statt. Die Inhaltsfelder der Sekundarstufe II im Fach Sozialwissenschaften knüpfen weiterhin problemlos an die Inhaltsfelder der Sekundarstufe I im Fach „Wirtschaft-Politik“ an.

- 2. Wie wird sichergestellt, dass im Studiengang Wirtschaft-Politik ausreichend soziologische Kenntnisse für den Unterricht im Fach Sozialwissenschaften der Sekundarstufe II erworben werden?**

Auch das neuprofilierte Studienfach „Wirtschaft-Politik“ soll ausweislich des Verordnungsentwurfs vom November 2020 (Vorlage 17/4275) soziologische Anteile umfassen (vgl. Begründung zu § 3 und § 4 LZV-Entwurf, zu beiden betroffenen Lehrämtern). Für das Studium aller Unterrichtsfächer sind im Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen 80 Leistungspunkte, im Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen 100 Leistungspunkte vorgesehen. Der höhere Studienumfang im Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen trägt dazu bei, dass Universitäten die Spezifika der gymnasialen Oberstufe in ihren Ordnungen (Curricula) angemessen berücksichtigen können.

- 4. Wieso erfolgt zu diesem Zeitpunkt eine Anpassung des Studienganges für das Schulfach Wirtschaft-Politik der Sekundarstufe I mit gleichzeitiger Fakultas für die Sekundarstufe II, in welcher das bisherige Schulfach Sozialwissenschaften erhalten bleibt?**

In Nordrhein-Westfalen wurden schon im Jahr 2002 in der Lehrerausbildung schulstufenbezogene Lehrämter (Sekundarstufe I; Sekundarstufe II) durch schulformbezogene Lehrämter ersetzt. Schulische Änderungen im Bereich der Gymnasien und Gesamtschulen können daher nur in dem stufenübergreifenden „Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen“ abgebildet werden, nicht differenziert nach Schulstufen. Das neu profilierte Studienfach wird durch die drei wissenschaftlichen Teildisziplinen (Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften, Soziologie) integrativ und lehramtsspezifisch ausgestaltet (vgl. o. zu Frage 2). Dies erlaubt auch künftig den Einsatz im Schulfach „Sozialwissenschaften“ in der gymnasialen Oberstufe.